So sieht sie aus – die Demokratie mit Schutzkonzept: Parlamentarier vor der Messehalle.

Jedem seine Krise

Diese Woche hat das Parlament seine Arbeit wieder aufgenommen. Was ist anders nach Corona?

Von Cinzia Venafro (Text) und Goran Basic (Bilder), 08.05.2020

Weisswein-Apéro auf zwei Meter Distanz? «Das ist ein ziemlich einsames Saufen», sagt Gerhard Pfister. Der CVP-Chef, der melancholische Denker unter den Parteipräsidenten, diskutiert mit der Republik die Frage, was nach Corona alles anders sein wird. Und weil Weisswein-Apéros genauso zum Berner Politikbetrieb gehören wie trockene Kommissionssitzungen, landen solche Gespräche irgendwann immer beim lustig machenden Flüssigen.

Blauer Himmel, 22 Grad, Sonnenschein. Bern strahlt an diesem Montagmorgen, an dem das Parlament nach sieben Wochen Stillstand und Bundesrats-Alleingang wieder in die Debatte und den Diskurs steigt. Oder es zumindest versucht.

«Es ist ein bisschen zu DDR-artig hier drin, für meinen Geschmack», sagt SP-Präsident Christian Levrat beim Schwatz. «Man hat nicht so Lust zu streiten.»

15 Tramminuten vom Bundeshaus entfernt trafen sich diese Woche alle 200 National- und 46 Ständerätinnen zur ausserordentlichen Corona-Session. «Lassen Sie die Demokratie wieder aufleben», sagt Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga zum Auftakt. Vor ihr sitzt das versammelte Parlament in der überdimensionierten Messehalle – zwölfmal grösser als der Nationalratssaal im Bundeshaus – mit zwei Metern Beinfreiheit für jeden, eigenem Pult und der gleichen Sitznachbarin wie unter der Bundeshauskuppel. Zuerst eine Regierungserklärung – ungewöhnlich für die Schweiz –, die Parlamentarier kommen erst danach an die Reihe.

Bundesrat Ueli Maurer, Finanzminister, bei der Ankunft.

Kommen sich näher, aber nicht zu nah: Jacqueline Badran, SP, diskutiert mit einem Polizisten.

Trug schon Maske, als es noch nicht cool war: Magdalena Martullo-Blocher, SVP, steht vor dem Eingang zur Bernexpo.

Man werde die Schweiz aus der Krise führen, und Corona werde das Land widerstandsfähiger machen, sagt Sommaruga ins frisch desinfizierte Mikrofon – und schiebt nach: «Corona fa pli robust.»

Auf Rätoromanisch klingt selbst Sommaruga martialisch.

Die Demokratie lebte dann vorwiegend dadurch wieder auf, dass das Parlament per Notrecht verfügte Gesetze legitimierte. Da und dort korrigiert es die bundesrätlichen Entscheide. Für Kitas spricht es gegen den Willen des Bundesrats 65 Millionen, die restlichen Milliarden winkt es durch. Einen Entscheid über den Erlass von Geschäftsmieten vertagt es.

Geeint über Parteigrenzen hinweg, sprechen die Parlamentarier Milliardenbeträge und verabschieden Gesetze, über die in der reformfaulen Schweizer Legislative noch vor wenigen Monaten erbitterte Kämpfe ausgebrochen wären. Corona erschüttert den Schweizer Politikbetrieb.

Sichtbeton statt behaglicher Palmen

Ist etwas anders als vor Corona? Optisch gewiss. Grauer Sichtbeton statt geschnitzter Stuckaturen. Stimmungsmässig tötet die Architektur der Bernexpo – geschaffen für Gewerbemessen und allerlei Kongresse – so ziemlich jeden Charme. Tageslicht gibts auch keines – und nicht wenige Parlamentarierinnen vermissen sogar die «doofen Palmen», die in der Wandelhalle rumstehen. Nach ein paar Stunden in der grauen Betonhalle stellen viele fest: So «doof» waren diese Palmen wohl doch nicht; sie sorgten für Behaglichkeit und stumme Unterhaltung.

Ein Schild mit dem Logo des Bundeshauses auf dem Vorplatz.

Alfred Heer, SVP, macht mal Rauchpause.

Petra Gössi, FDP, verschafft sich einen Überblick.

Thomas Aeschi, SVP, gibt ein Interview.

CVP-Frohnatur Martin Candinas käfelet auf der Treppe. Er smalltalkt und beisst genüsslich in ein Gipfeli, während sich seine Kollegen unbeholfen mit zwei Metern Distanz an ihm vorbeischlängeln. «Ach, i ksehhn das nita so eng», sagt der Bündner Nationalrat. Sein Lachen hallt durch die Gänge. Manche Dinge ändern sich nie.

Andere schon: Die Journalistinnen wurden von den Parlamentsdiensten in den Keller verbannt. Selbst zum Unverständnis der gern medienkritischen SVP steht in der Halle keine Pressetribüne im Ratssaal. Und statt Grossmutters Braten mit Nüdeli für gut 25 Franken im Bundeshausrestaurant «Galerie des Alpes» gibts in Plastik verpackte Laugen-Sandwiches – wahlweise mit Käse oder Kochschinken.

Ausser einigen SVP-Politikern, die sich neidisch beäugt von Kolleginnen Pizzas bestellt haben, kauen die Parlamentarier am ersten Zmittag dieser Session auf ihren Brötchen herum. Auf dem tristen Asphalt vor dem Haupteingang kommt dank der Sonne (und der Pizzas, SVP-Hardliner Andreas Glarner bietet auch der Republik ein Stück an) etwas Stimmung auf. Und

SVP-Banker Thomas Matter versucht vergeblich, ein «Bierchen» aufzutreiben.

Gefundenes Fressen für die Fotografen: Die SVP-Fraktion hat sich Pizzas bestellt. Weniger proaktive Parteien bekommen Sandwiches.

Provozieren Futterneid: Stefanie Heimgartner, Christian Imark, Andreas Glarner, Thomas Hurter, Sandra Sollberger-Muff, Diana Gutjahr (v. l.).

Politik macht offensichtlich hungrig: Diana Gutjahr und Andreas Glarner, beide SVP.

Und unter der Oberfläche? Ist da auch etwas anders als vor Corona? Verändert die historische Zäsur politische Haltungen?

Blick aufs Handydisplay von Thomas Matter. Der Millionär, der wegen der Milliarden, die an diesem Tag gesprochen werden, ein «mulmiges Gefühl» hat und jetzt «endgültig realisiert, wie wichtig die Schuldenbremse ist», scrollt lange auf seinem iPhone. Er will uns einen Witz zeigen, den sich die Parlamentarierinnen in den ersten Lockdown-Tagen gegenseitig zugeschickt haben.

Der Witz geht so: «Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, es ist vollbracht: Alle Parteien sind zufrieden. Die SVP ist glücklich, dass die Grenzen geschlossen sind. Die SP freut sich, dass 42 Milliarden ans Volk verteilt werden. Die Grünen feiern das Erreichen der Klimaziele vom Pariser Abkommen – 30 Jahre schneller als geplant. Die CVP begrüsst, dass die Familie wieder zusammen ist. Und die FDP erfreut sich, dass die Banken immerzu offen sind. Und das alles ohne Wahlen. Vive la Suisse!»

In Feierlaune sind die Grünen allerdings nicht. Die letztjährige Wahlgewinnerin scheiterte trotz neuer Stärke grandios darin, die Swiss-Rettung an Umweltziele zu knüpfen – der Bundesbeschluss ist nicht einmal referendumsfähig. Bei der politischen Krisenbewältigung hört der Spass auf.

Mit hängenden Schultern konstatiert Parteipräsidentin Regula Rytz: Nein, Corona habe die Politik nicht verändert. Alle fühlten sich jetzt in ihren Positionen bestätigt.

Die SVP versuche nun, ihre Abschottungspolitik coronakonform «zu verkaufen». «Und wir betonen die Bedeutung des Klimaschutzes für einen wirtschaftlichen Neustart.» Corona zeige, dass Krisen uns umso härter träfen, je länger wir sie vor uns herschöben. «Und im Gegensatz zu Corona ist die Klimakrise kein neues Virus, das aus dem Nichts kam.»

Im Vordergrund, von links: Kathrin Bertschy und Corina Gredig, beide GLP. Im Hintergrund, von links: Marianne Streiff-Feller und Lilian Studer, beide EVP.

Same same but different also? Zurück zur alten Ordnung, bloss mit Milliarden weniger in der Bundeskasse?

Noch immer ohne Weisswein, sinniert CVP-Chef Pfister über die Schweiz nach Corona. Gibt es etwas, worüber Sie jetzt anders denken als noch im November?

«Ja. Es braucht jetzt einen New Deal und neue Paradigmen. Wir müssen die Nachhaltigkeit auch im wirtschaftlichen Bereich überdenken. Wirtschaftlich sind wir in medizinischer Sicht abhängig von China und Indien bei der Herstellung von Grundstoffen von Medikamenten, insbesondere Antibiotika. Der Grund dafür ist der Markt. *Race to the bottom:* Dort, wo es am günstigsten ist, dort produziert man. Darüber müssen wir also nachdenken: Was ist eine nachhaltige Wirtschaftspolitik für die Schweiz? Wir müssen uns darüber unterhalten, wie viel uns eine Autonomie in dieser Hinsicht wert ist. Corona zeigt: Sie muss uns mehr wert sein!»

Pfister hat mit seiner CVP die Wahlen im Herbst zwar verloren, gehört aber zu den heimlichen Gewinnern. Mit seiner Mittefraktion hat er die alte Macht im Parlament zurückerobert. Mehrheiten ohne ihn: schwierig.

SRF-Moderatorin Nathalie Christen spricht in ihr gut geschütztes Mikrofon.

Gerhard Pfister, CVP, der melancholische Denker unter den Parteipräsidenten.

Und so horcht man auf, wenn Pfister im Gespräch laut über Richtungswechsel nachdenkt, plötzlich wie ein Linker spricht – und etwa die Ausgestaltung unserer Sozialversicherungen infrage stellt. «Sind ihre Zielsetzungen noch effektiv und zeitgemäss für unsere Gesellschaft?» Der langjährige Revisionsstau spreche dagegen. Das Ziel der Sozialversicherungen sei doch die «Absicherung aller Mitglieder unserer Gesellschaft – unabhängig von ihren Lebensumständen».

Aber auch Pfister bemüht – wenig erstaunlich – ewige Werte und immerwährende Rezepte: Aus der Mitte kämen die Lösungen, man müsse pragmatisch sein, intuitiv glaube er, dass «durch Corona Themen der politischen Mitte anders behandelt werden». Und jene, die sich jetzt ideologische Debatten lieferten, würden versuchen, die Bewältigung der Corona-Krise mit veralteten Schablonen zu erklären.

Die eigene Sicht war und ist und bleibt halt die richtige. Das sei «die Falle», in die man als Politiker jetzt falle, sagt Pfister – und tappt selbst hinein, indem er den Gemeinsinn bemüht: Es stelle sich jetzt nicht die Frage nach weniger Staat oder mehr Staat. «Sondern es ist das Verhältnis des Individuums zur Gemeinschaft, das neu zu definieren ist.»

Spannung am Super Sunday

Neu definiert wird so einiges: Kampfjets, Vaterschaftsurlaub, Begrenzungsinitiative der SVP, Steuerabzug für Kinderdrittbetreuungskosten und das Jagdgesetz mit der Frage: Wann und wie darf man den Wolf erschiessen? Wegen der Pandemie wurde der Urnengang vom Mai mit jenem im Herbst zusammengelegt: fünf Abstimmungen, allesamt höchst umstritten, an einem Sonntag.

Wird Corona das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung beeinflussen?

Nachfrage beim Politologen Claude Longchamp. Er hat als Mann mit der Fliege dreissig Jahre lang fürs Schweizer Fernsehen die Abstimmungen analysiert. Für eine fundierte Aussage sei es noch zu früh, sagt er. Vor allem wisse man nicht, wie sich die erschwerten Bedingungen auf den Abstimmungskampf auswirken. Inwiefern das Versammlungsverbot bis zum Sommer aufgehoben sein werde, könne derzeit noch niemand sagen. Und auch in der digitalen Meinungsbildung seien die verschiedenen Lager unterschiedlich unterwegs.

Trotzdem wagt Longchamp eine Prognose. Für die Begrenzungsinitiative sieht er schwarz – auch wenn Grenzschliessungen dank Corona wieder auf der Agenda stehen. Das Jagdgesetz werde angenommen. Die Chancen der Kampfjets, des Vaterschaftsurlaubs und des Kinderabzugs bewertet er als nicht schlecht. «Entscheidend wird sein, wie sich die Finanzlage präsentiert.»

Grünen-Präsidentin Regula Rytz freut sich derweil, dass die Jets schon im September vors Volk kommen. Die Armeemission Corona? Das sei ein misslungener PR-Stunt von Bundesrätin Viola Amherd gewesen. Sie freue sich regelrecht drauf, die Flieger mit dem Finanzargument zu bodigen.

Regula Rytz, Grüne Partei, im Gespräch mit Cinzia Venafro, Inlandreporterin der Republik.

Auf der Pro-Kampfjet-Seite wiederum ist man gottenfroh, dass der Abstimmungskampf durch die Pandemie verkürzt wird. Es helfe immer bei VBS-Themen, wenn es schnell gehe, heisst es bei den Kampfjet-Befürwortern im Parlament. Die grösste Gefahr sei bei Militärvorlagen stets die Armee selbst: ein VBS-Skandälchen – und husch, schickt die Stimmbürgerin die Flieger bachab.

Mit Geld versucht der Bund, die massiven wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern. Am Geld werden sich die Vorlagen und Abstimmungen entscheiden.

Und so wählt SP-Präsident Christian Levrat im Gespräch das Bild eines Spielbretts. Die Schweizer Politik nach Corona werde sich wie ein Monopoly-Spiel im Sturm anfühlen. «Es kommt ein Windstoss: Das Geld und alles auf dem Brett liegt plötzlich kreuz und quer. Alles muss neu verteilt werden.» Die Wahrheiten von gestern seien so was von passé, sagt er mit seinem Gratiskaffee in der Hand (im Bundeshaus kostet er 2 Franken 50, in der Bernexpo kostet er für die Parlamentarier nichts).

Fürchten Sie wegen der milliardenhohen Bundesausgaben um den Vaterschaftsurlaub, Herr Levrat?

«Nicht unbedingt. Die grossen Auseinandersetzungen werden in den Sozialwerken stattfinden. Altersvorsorge und Berufsvorsorge. Wir hatten vor Corona einen BVG-Kompromiss, der auf Beitragserhöhungen basierte. Inwieweit er nach dieser Krise noch getragen wird, ist fraglich. Corona macht die Sanierung der zweiten Säule noch komplizierter. Es gibt weniger Geld im System, die Unternehmen sind in sehr grossen Schwierigkeiten.»

Levrat zeigt ein Foto einer Menschenschlange in Genf. 2500 Leute seien in der Woche der Corona-Session dort angestanden, um einen Sack voller Lebensmittel zu erhalten. Es brauche viel, um ihn als Politiker unter Druck zu setzen, sagt er. Aber dieses Bild! «Corona ist eine Zäsur. Ich bin sehr besorgt.»

Die beiden Ständeräte der SP: Hans Stöckli (links) und Christian Levrat auf dem Weg ins Sondersessions-Stöckli.

Ein weites Feld. Davor: SP-Politiker. Von links: Cédric Wermuth, Tamara Funiciello, Min Li Marti, Flavia Wasserfallen, Fabian Molina, Mathias Reynard, Baptiste Hurni.

Der Fribourger Genosse ist aber auch bestärkt. Wer «weniger Staat» als Motto führe, «habe nun ein Problem», sagt er und kann seine Freude darob nicht verbergen. Schliesslich hätten die Menschen in den letzten Wochen den Staat «in seiner geballten Kraft gesehen». Man habe gemerkt, dass «der Staat den Unterschied machen kann. Das versetzt die Liberalen in eine unmögliche Lage.»

Wie fest wurmt es einen eingefleischten Freisinnigen, dass der Staat durch Corona erstarkt?

Der Berner Christian Wasserfallen, in der FDP zu Hause seit Geburt (sein Vater Kurt war für die Partei in der Berner Stadtregierung), beisst in sein staatlich offeriertes Sandwich und weiss nicht recht, was antworten. Daneben setzt Kollegin Christa Markwalder ein Pokerface auf. Sie schwafeln etwas vom Markt – und dann schiessen beide in Richtung SP.

Die Linken würden sich auch grad nicht mehr spüren. Jetzt wollten sie sogar jedem Bürger einen 200-Franken-Gutschein schenken. Von einem solchen Giesskannenprinzip habe die Wirtschaft aber überhaupt nichts – und die Reichen: «Was sollen die damit machen?» Die bräuchten das doch nicht.

Und jetzt?

Die SP will Geld verteilen; die FDP sorgt sich um die Reichen; die Grünen wollen mehr Klimaauflagen und die SVP freut sich über geschlossene Grenzen. Vor der Krise ist in der Krise ist nach der Krise.

Aber Moment: Corona beweist den Parlamentarierinnen von links bis rechts doch noch etwas anderes, als dass sie halt schon immer recht hatten ...

Er erinnere sich in diesen Wochen immer wieder an ein Zitat des verstorbenen deutschen SPD-Alt-Bundeskanzlers Helmut Schmidt, sagt CVP-Chef Pfister: «In der Krise zeigt sich der Charakter.» Das sei bei den Bundesräten und seinen Fraktionskollegen «auch interessant» zu beobachten.

Erstere profitieren von Corona, ist Politologe Claude Longchamp überzeugt. Der «Staats-Mann- respektive Staats-Frau-Effekt», wie er es nennt, sei in der Schweiz mit dem Siebnergremium zwar nicht so eindeutig. «Faktisch aber ist Berset der Leader.»

Und so gehe der Gesundheitsminister seinen Bundesratskollegen seit Corona manchmal ziemlich auf den Geist, heisst es in den kargen Hallen der Bernexpo. Lob erhält der SP-Mann zwar von allen Parteien. Aber seine Schwäche sei die Eitelkeit; er inszeniere sich zu gern, heisst es. Der aktuelle Running Joke im Bundesrat laute: «Jetzt hat der gute Alain dann wirklich langsam das Gefühl, er sei der zweite Obama.»

Vermutlich ist Berset dieser Spruch auch zu Ohren gekommen. Während der Sondersession hält sich der Gesundheitsminister auffallend zurück, keine grossen Auftritte – und auch unter die Parlamentarierinnen mischt sich der sonst sehr gesellige Welsche nicht.

Was ist also neu nach Corona?

Wer genau hinhört und -schaut, erkennt da und dort Nuancen, neue Schattierungen, Andeutungen eines Sinneswandels – möglicherweise sind sie auch nur dem Moment geschuldet und vorübergehend. Auf eine Haltungsänderung bei der hängigen Pflegeinitiative angesprochen, will sich beispielsweise keiner der Parlamentarier gegenüber der Republik aus dem Fenster lehnen.

In der Mitte – wenig überraschend – könnte die Gunst für das Volksbegehren gestiegen sein. Sie wolle den Pflegeberuf aufwerten, heisst es dort. Doch rechts der Mitte will niemand eine Berufsgruppe in die Verfassung schreiben – wie es die Initiative letztlich verlangt. Der indirekte Gegenvorschlag, die abgeschwächte Version der Gesundheitskommission, wird erst in einer der kommenden Sessionen behandelt.

In der Bernexpo geschah immerhin bei einem Thema Erstaunliches: Der Nationalrat forderte am Dienstag ein zweijähriges Dividendenverbot für Firmen, die Kurzarbeitsentschädigung beziehen. Es wäre ein historischer Eingriff in die Schweizer Privatwirtschaft gewesen, wenn der konservativ dominierte Ständerat die Forderung tags darauf nicht wieder vom Tisch gefegt hätte. Hat er aber. Der Corona-Paukenschlag bleibt aus.

So bleibt die Erkenntnis: Schweizer Politikerinnen und Politiker finden in der Pandemie vor allem ihre eigene Sicht bestätigt. Corona, das Virus der eigenen Wahrheit.

Das «Bierchen» nach der Arbeit: Thomas Matter (Mitte) mit seinen SVP-Kollegen.

Die eigene Wahrheit ist anstrengend. Da dürstet es den Politiker auch zu Coronazeiten nach Alkohol: In der Bernexpo wird am Ende des Sessionstages die (Polit-)Tradition, der Apéro, zelebriert. «Einsames Saufen», wie von CVP-Pfister befürchtet, muss also auch in Pandemiezeiten nicht sein.

Und so verschwinden gemeinsam mit der Sonne einige SPler mit Bierdosen ausgestattet auf die Wiese hinter dem Messegelände; ein paar hundert Meter entfernt trinkt die FDP stilecht aus mitgebrachten Weingläsern – und die SVP frönt dem Gerstensaft vor dem Haupteingang. Jetzt hat auch Thomas Matter endlich «ein Bierchen».